Gaylord Bros.
Makers
Syracuse, N. Y.
PAT JAN. 21, 1908

Die Verurtheilung

der

antisemitischen Bewegung

durch

die Wahlmänner von Berlin.

Bericht

über

die allgemeine Versammlung der Wahlmänner

aus den

vier Berliner Landtags-Wahlkreisen

am 12. Januar 1881

im oberen Saale der Reichshallen.

Berlin, 1881.

Buchhandlung von C. Bartel in Berlin,

S., Alexandrinenstraße 32.

☞ **Preis:** Portofreie Zusendung gegen Einsendung von 20 Pfg.; in Partien von 10 Expl. 15 Pfg. pro Expl., bei 100 und mehr Expl. à 10 Pfg. pro Expl.

HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY

50471

558

Die sich in den letzten Wochen mehr und mehr steigernde Heftigkeit der Antisemiten-Agitatoren ließ in vielen Kreisen den Wunsch rege werden, von berufener Seite Auskunft darüber zu erhalten, welches die Stellung des Kernes des gebildeten Bürgerthums Berlins zu der Tagesfrage sei. Besonders den Abgeordneten Berlins mußte es als eine dringende Nothwendigkeit erscheinen, darüber in's Klare zu kommen, ob denn, wie die Organe der Antisemiten vielfach behaupteten, wirklich die Bürgerschaft auch nur zu einem erheblichen Bruchtheil das Vertrauen zu ihren Vertretern verloren habe und auf der Seite Derer stünde, welche eins der wichtigsten Grundrechte der Verfassung antasten wollen. Diese Antwort zu ertheilen konnte keine Körperschaft mehr berufen erscheinen, als die der sämmtlichen Wahlmänner Berlins. Deshalb luden die Abgeordneten Hermes, Klotz, Knörcke, Langerhans, Ludwig Loewe, Parisius, Richter, Straßmann und Virchow die gesammte Wahlmännerschaft Berlins auf den Abend des 12. Januar 1881 zu einer Versammlung in den Reichshallen ein, um an demselben Orte, an welchem die berüchtigtste der Antisemiten-Versammlungen stattgefunden hatte, Zeugniß abzulegen über die Stellung des Berliner Bürgerthums gegenüber den Angriffen auf die staatliche und bürgerliche Gleichberechtigung und der Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufstachelung zum Religions- und Racenhaß. 2500 Wahlmänner leisteten der Einladung Folge; welche Antwort sie auf die oben bezeichnete Frage ertheilt haben, ergiebt der folgende Bericht.

Abgeordneter Klotz: Meine Herren! Im Namen der sämmtlichen Abgeordneten Berlins begrüße ich Sie und danke Ihnen, daß Sie so zahlreich erschienen sind.

Die Agitation einer Partei, welche unter dem Deckmantel des Christenthums Andersgläubige verfolgt, die verfassungsmäßig garantirte Gleichberechtigung aller Staatsbürger zu beseitigen und uns dadurch aus der Reihe der Kulturstaaten zu verdrängen bemüht ist; die unter Nichtachtung des Vereins- und Versammlungsrechts durch Entfesselung der niedrigsten Leidenschaften ungebildeter Massen an die dunkelsten Zeiten der socialdemokratischen Agitation erinnert und nicht nur den öffentlichen Frieden, sondern in weiterer Entwicklung die Sicherheit der Person und des Eigenthums bedroht; haben es uns als eine Ehrenpflicht erscheinen lassen, die heutige Versammlung zu berufen.

Die Einladung ist an sämmtliche Berliner Wahlmänner ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses oder der politischen Parteistellung und nur an diese ergangen. Die heutige Versammlung repräsentirt somit die gesammte politische Wählerschaft unserer Stadt und bildet den eigentlichen und wahren Kern des zur politischen Bildung herangereiften Berliner Bürgerthums.

Meine Herren, Sie werden heute berufen sein, durch Ihre Beschlüsse die Ehre Berlins, der Hauptstadt des deutschen Reiches, vor der Verdächtigung zu schützen, daß auch nur ein irgend erheblicher Theil unseres politisch bewußten Bürgerthums jener wüsten Agitation Vorschub zu leisten geneigt sei. (Lebhafter Beifall.)

In dem festen Vertrauen, daß unsere heutigen Verhandlungen der Ruhe und Würde, welche der Ernst der Sache erfordert, nicht entbehren werden, eröffne ich die Versammlung und ersuche Sie, sich durch Wahl eines Vorsitzenden zu konstituiren.

Nachdem Herr Stadtrath **Romstädt** per Acclamation zum Vorsitzenden gewählt wird, ergreift das Wort der Abg. **Prof. Dr. Virchow:** Meine Herren! Es ist zum ersten Mal in der politischen Geschichte Berlins, daß in dieser Weise sämmtliche Wahlmänner Berlins berufen werden, um von dem Geiste Zeugniß abzulegen, welcher in Berlin der

herrschende ist. Aber es ist auch niemals früher in der Weise an die Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens getastet worden, wie in der letzten Zeit. Wir Abgeordnete müssen deshalb ein Urtheil darüber haben, ob wir dem Wahlmannskörper noch so nahe stehen, wie früher, oder ob wir, wie uns von anderer Seite gesagt wird, von der Bevölkerung losgelöst sind und bald auf dem Trockenen sitzen werden. Wir legen großen Werth darauf, Abgeordnete von Berlin zu sein, aber nur dann, wenn wir mit der Mehrheit übereinstimmen und aus freier Ueberzeugung dem Ausdruck geben können, was in der Bevölkerung lebendig ist. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, so würde es uns betrüben, aber an unserer Haltung nichts ändern. Mag dann eine andere Vertretung aus der Wahlmannschaft hervorgehen. Nichts würde dem Volke gefährlicher sein, als wenn die Männer, die im Parlament gewählt sind, mit jedem Wechsel der öffentlichen Meinung selbst ihre Meinung wechseln sollten.

Die jetzige Bewegung tastet an unser staatliches und gesellschaftliches Leben. An unser staatliches Leben, indem sie Errungenschaften alter Zeit zerstören will und zu Forderungen kommt, die selbst das in Frage stellen, was die Gesetzgebung von 1812 gebracht hat, selbst das Landrecht Friedrichs des Großen. Den Männern der neuen Bewegung ist das Landrecht Friedrichs des Großen nicht recht, ihnen ist auch Friedrich der Große selbst nicht recht. (Heiterkeit.) Die Forderungen in der bekannten Petition gehen schon so weit, daß ihre Erfüllung uns geradezu in eine Ausnahmestellung in Europa bringen würde. Die Petition geht in ihrem ersten Punkt darauf hinaus, daß die Einwanderung ausländischer Juden eingeschränkt werde. Dadurch würde Preußen gewissermaßen außerhalb des europäischen Rechts gestellt. Während noch auf dem Berliner Kongreß die Selbstständigkeitserklärung Rumäniens von der Bedingung abhängig gemacht wurde, daß die Juden dort den übrigen Staatsbürgern gleich gestellt werden, fordert man in Preußen Ausnahmegesetze für die Juden. Die Voraussetzung zu dieser Forderung in der Petition bestand darin, daß Preußen durch fremde Juden überschwemmt und dadurch die deutsche Nation im eigenen Lande gefährdet werde. Diese Voraussetzung, scheinbar auf gute Zahlen begründet, ist in einer klassischen Arbeit unseres Kollegen Dr. Neumann derart widerlegt worden, daß alle ehrlichen Leute, die bis dahin anderer Meinung waren, offen aussprechen, sie hätten sich geirrt, wie es z. B. Prof. Ad. Wagner erklärt hat. Neumann hat nachgewiesen, daß seit dem Bestehen der offiziellen Statistik die Auswanderung der Juden größer war als die Einwanderung. Aber die Männer, welche in erster Linie des Treffens standen, die als Leiter der Bewegung betrachtet werden, haben sich zu diesem ehrlichen Bekenntnisse nicht bewegen lassen. Herr Stöcker hat nicht geradezu anerkannt, daß er widerlegt sei, aber er ist ein kluger Mann, er hat seit dem Erscheinen der Neumann'schen Arbeit nie wieder davon gesprochen. Herr v. Treitschke, dem Prof. Mommsen in einer Schrift die Frage vorgelegt hat, wie er sich nun nach dem Buch von Neumann zu der Sache verhalte, hat bis jetzt nichts weiter öffentlich von sich hören lassen, als daß er das Buch nicht gelesen habe. Ich führe dies an, weil ich den Herren, die in die Bewegung verwickelt sind, nahe legen möchte, wenn sie finden, daß sie sich geirrt haben, dieses auch offen auszusprechen. In einer Bewegung wie der jetzigen sollte jeder nicht blos ehrlich sein, sondern auch die Anständigkeit besitzen, daß er in offener Weise seine Irrthümer anerkennt, sobald sie als solche dargethan und von ihm empfunden werden. (Bravo!) Das Stillschweigen ist nicht ausreichend.

Statt dessen was sehen wir? Eine Zeit lang wirft man auffällige, ja ungeheuerliche Behauptungen in die Welt hinaus, erregt dadurch die Gemüther so sehr, daß schon die Frage entsteht, ob nicht alle Juden zusammengepackt und nach Palästina geschickt werden sollen. Und wenn die Bewegung so weit ist, wird gesagt: ich hatte nicht die Absicht, die Sache so weit zu treiben, ich wollte blos eine „ethische Bewegung" herbeiführen und das „christliche Bewußtsein" etwas aufrühren. Das ist es aber nicht, was in den Massen steckt, welche nach den Reichthümern der Juden Sehnsucht haben, und Herr Stöcker brauchte nur die Kirchengeschichte aufzuschlagen, so würde er daraus bald ersehen, wohin solche Bewegungen führen: zu Mord und

Raub und Vernichtung. Meine Herren, es ist unsere Pflicht, hier das zu konstatiren. Ich werfe Herrn Stöcker nicht vor, daß er absichtlich so weit in dieser Frage vorgegangen ist und nun abwiegeln wolle. Es mag ja Selbsttäuschung sein. Was ich betone, ist, daß ein solcher Mann, wenn er findet, daß er zu weit gegangen ist, positiv und ernstlich einer derartigen, durch ihn verschuldeten Bewegung entgegentreten sollte. (Bravo!)

Die staatsrechtliche Frage ist die: In wie weit harmoniren die Bestrebungen in dieser Petition, namentlich im zweiten und dritten Punkte derselben — wonach die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden sollen — mit unserem Staatsrecht? Schon im Gesetz von 1812 (11. März) ist in § 8 festgestellt, daß die Juden akademische Lehr-, Schul- und Gemeindeämter, zu welchen sie sich geschickt gemacht haben, sollten verwalten können. Das ist ein altes Recht, welches schon Friedrich Wilhelm III. in Verbindung mit den weisen Staatsmännern von 1812 erlassen hat. Es sieht doch schlimm aus, wenn jetzt schon verlangt wird, daß selbst in denjenigen Aemtern, welche durch freie Wahl der Bürger besetzt werden, die Juden ausgeschlossen werden sollen. Man geht schon so weit, die Frage aufzuwerfen, ob der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin ein Jude sein dürfe und ob Se. Majestät nicht die Bestätigung dieses Mannes versagen solle. Das sind thörichte, lächerliche Auswüchse, aber sie fressen sich in die Gemüther ein und dringen sogar in die Klassen der Schulen. Die Konsequenz aber würde dahin führen, die christliche Religion für alle Einrichtungen des Staates maßgebend sein zu lassen.

Es imponirt sehr, wenn man sagt: „Preußen ist ein christlicher Staat!" als ob das verfassungsmäßiges Recht wäre. Der Art. 14 der Verfassung sagt nichts weiter als: „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährten Religionsfreiheit, zu Grunde gelegt." Danach kann es sich nun fragen, was Religionsübung sei. Darauf antwortet der Art. 12: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, Vereinigung zu Religionsgesellschaften und gemeinsame und öffentliche Religionsübung wird gewährleistet." Religionsübung ist nicht Unterricht, nicht Schule überhaupt, sondern sie bezieht sich auf die besonderen Einrichtungen, die mit dem Gottesdienst im Zusammenhang stehen. „Christlicher Staat" ist eine Idee, welche schon in den ersten Stadien des Verfassungslebens auch von den gemäßigten Liberalen zurückgewiesen wurde. Christlicher Staat ist eine Fiktion, die man nachträglich erfunden hat. Wenn irgend eine staatliche Instanz in das Gebiet irgend einer Konfession Eingriffe gestattete, so daß ein positiver Abbruch geschähe, wo es sich um Religionsübung handelt, da würde die Regierung eintreten müssen. Aber auch die Landesvertretung hat niemals irgend einen Einbruch nach dieser Seite hin eintreten lassen.

Es werden für die Forderungen der Petition auch nur praktische Gründe geltend gemacht; diese aber müssen dahin führen, daß man die Verfassung in wesentlichen Bestimmungen ändert. Ich wende mich hier an alle Anwesende; ich meine, auch die konservativsten Männer, die unter uns sind, sollten darin mit den Männern der äußersten Linken zusammenstimmen, daß es wesentlich konservativ sei, die Grundlage unseres Verfassungslebens unversehrt zu erhalten. (Bravo!) Das ist eine Frage aller Parteien. Und wenn sich immer wieder Männer finden, welche meinen, man könne mit diesem Verfassuugsleben nicht auskommen, so sind doch die Männer an der Regierung und im Parlament niemals mit einer solchen Meinung hervorgetreten. Wohin sollten wir kommen, wenn wir diese ersten Grundlagen des Verfassungsstaats und des Rechtsstaats alteriren wollten? Als man 1848, 49 und 50 die Verfassung aufbaute, dachte Niemand daran, eine Verfassung für einen spezifisch christlichen Staat zu schaffen, man wollte den Rechtsstaat bauen. Auf der Grundlage kämpfen wir für und gegen; das ist die Grundlage, auf welcher wir die Freiheit der Aktion für alle Mitbürger gewonnen haben und fest halten wollen. (Bravo!)

In den meisten anderen großen Staaten ist die dauernde Gestaltung ihrer

Rechtsverfassung im Laufe schwerer Kämpfe erfolgt, nachdem dort alle Parteien zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß es gewisse Hauptsätze und Grundlagen giebt, an die Niemand rühren darf. Das ist die Grundlage der glücklichen fortschreitenden Entwickelung dieser Staaten gewesen. Bei uns rüttelt man immer wieder an diesen ersten Grundlagen, und die Grundlage, die hier in Frage steht, ist die einfache Forderung: „Gleiches Recht für Alle! (Bravo!) Wir haben diesen Grundsatz immer vertreten, auch da, wo große Gefahren drohten, so beim Sozialistengesetz. In Preußen würde der Erlaß des Sozialistengesetzes unmöglich gewesen sein auf Grund unserer Verfassung. Es war nur im Reiche möglich, weil die Reichsverfassung sich nicht des Vorzuges erfreut, einen Titel über die Rechte der Bürger zu haben. Der Titel II. der preußischen Verfassung ist unser großer Schutz und die eigentliche Grundlage des bürgerlichen Friedens im Staat. Daran darf nicht gerüttelt werden. Auch die Magna Charta der Engländer ist nichts anderes als die Fixirung der ersten Voraussetzungen des Rechtsstaates.

In Ländern, wie Holland, wo die Juden in großer Zahl vorhanden sind und über große Mittel verfügen, sieht man nichts von solchen Erscheinungen. Aber die Holländer haben ihre Freiheit in einem schweren und langen Religionskampfe gewonnen. Durch die Bedrückung der Spanier haben sie den Werth religiöser Freiheit kennen gelernt und daran rüttelt Niemand im Lande. Aus unserem dreißigjährigen Religionskriege haben wir durch die Diplomatie keineswegs die religiöse Freiheit gerettet. Die Formel des westfälischen Friedens ist es gewesen, die uns in diese lange schwere Zeit der Unfreiheit gebracht hat, die noch jetzt auf der Entwickelung unserer Religionsfreiheit lastet. Wie ist es möglich, in einer Angelegenheit, welche so sehr Angelegenheit des Gewissens, des einzelnen Individuums ist, dem Staat das Recht zu ertheilen, zu fragen: Was glaubst Du? Dahin wollen wir nicht zurückkommen!

Durch diese Bewegung, die uns vor Europa erniedrigt, fühlt man sich beschämt, wenn man in fremden Ländern sich umsieht und wahrnimmt, in welcher Ruhe und Freiheit die Religionsbekenntnisse sich neben einander entfalten. Ich spreche nicht von der Schmach nach Außen, nein, ich empfinde es als eine persönliche Niederlage. In meinem Kämmerlein schäme ich mich, daß so etwas bei uns vorkommen kann. Und diese Empfindung sollte überall zum Durchbruch gebracht werden! (Bravo!) Wie ist es möglich, durch bloße Repressivmaßregeln Verhältnisse herzustellen, welche die Rechtsungleichheit in der allerpositivsten Weise zum Ausdruck bringen würden? Ich leugne nicht, daß an vielen Orten Klage geführt werden kann über die jüdischen Mitbürger. Aber wenn die Juden sich zusammenthäten und alles, was Niederträchtiges von Christen begangen worden, aufzählen wollten, — was für ein Buch würde da herauskommen? — (Heiterkeit.) Man hat eine Kriminalstatistik aufgestellt, was in neuerer Zeit durch Juden begangen worden ist. Nun, auch christliche Spitzbuben giebt es, schlechte Kerle. Würde ich mich aber dadurch beleidigt fühlen, wenn ein Jude das aufzählen würde? Ich weiß, daß viele Leute sich als Vertreter des Christenthums betrachten, die eigentlich nichts weiter sind, als alte Juden, denen das alte Testament viel mehr werth ist, als das neue. Ich hoffe, der schlechte Jude wird immer in Preußen einen strengen Richter finden, wie der schlechte Christ.

Aber wir können nicht hindern, daß die Juden Richter oder Lehrer werden. Ist der jüdische Wucher erst entstanden, seitdem wir jüdische Referendare oder jüdische Lehrer haben? Nein, er ist entstanden, als die Juden keine staatsrechtliche Stellung hatten. Man kann eine Besserung wieder herbeiführen, wenn man den Juden im Staatsleben dieselbe Freiheit giebt, wie den Christen, auf dem Boden des gemeinen Rechts. Wir werden dann allmälich auch aus den schlechten Juden brauchbare, nützliche, ja selbst angenehme Staats- und Mitbürger hervorgehen sehen. Aber nur langsam kann diese Besserung vor sich gehen. Arbeiten wir geduldig mit einander, ertragen wir, was uns gegenseitig nicht gefällt, immer in der Hoffnung, daß wir mehr und mehr zu erträglichen Formen gelangen werden. (Bravo!) Deshalb beklage ich es auch so tief, daß diese Bewegung schon so weit fortgeschritten ist. Ich will keinem christlichen Mann Schranken ziehen, daß er auf seine Glaubensgenossen ein-

wirkt, um sie aus ihrem etwaigen Schlaf zum christlich religiösen Leben zu entwickeln. Das ist seine Freiheit. Aber diese Freiheit würde gemißbraucht werden, wenn man dabei sagen wollte: jeder Jude muß uns aus dem Wege geschafft werden. Die Deutschen, die Missionäre, die in fremde Länder gehen, kommen leicht in dieselbe Lage, wie die Juden bei uns. Sie wollen alle geschützt werden durch das Reich. Die Kaufleute, die ihr Christenthum im Auslande üben wollen, finden Schwierigkeiten und sagen: Ihr müßt uns freie Religionsübung verschaffen. So stehen viele Deutsche im Auslande im schlechten Ansehen und werden in derselben Weise beschuldigt, wie die Juden bei uns.

Ueberall wo auf eine Bevölkerungsschicht vermöge ihrer Religion ein besonderer Druck ausgeübt wird, sieht man den schädlichen Einfluß auf ihren Charakter. Und in solche Verhältnisse sollten wir unsere jüdischen Mitbürger wiederum bringen, nachdem wir sie eben erst daraus befreit haben? In solcher Frage müßte Jeder ohne Zwang sich schnell entscheiden können (Bravo!). Preußen ist unter der Hohenzollernherrschaft niemals ein Land gewesen, in welchem Religionsverfolgungen oder Beeinträchtigungen der Einwohner wegen ihrer Religion eingetreten wären. Die Fürsten aus dem Geschlecht der Hohenzollern haben es immer als ihre Hauspolitik betrachtet, ihr Land als ein Land der Toleranz zu halten. Sie haben die Reformirten aufgenommen, die Refugié's, die Salzburger. Und, meine Herren, die Juden sind zu uns hergekommen, ausdrücklich eingeladen durch die Vorfahren unseres Königshauses. Dieses System der religiösen Toleranz hat sich immer weiter entwickelt. Ich will nicht von Friedrich dem Großen sprechen; aber auch unter seinem Nachfolger sind Eingriffe so reaktionärer Art, wie diese, nie versucht worden. Seit Friedrich Wilhelm III. sind wir in regelmäßiger Weise in der Religionsgesetzgebung fortgeschritten, bis wir endlich in Artikel 12 unserer Verfassung die sichere Grundlage gefunden haben. Artikel 14 bezeichnet den besonderen Vorzug des Christenthums, weil die Majorität der Bürger es bekennt, während Artikel 12 auch jeder anderen Religion die volle Gleichberechtigung gewährleistet.

Gerade diese große Stadt, welche in Europa die größte Zahl jüdischer Mitbürger umfaßt, ist berufen, Zeugniß dafür abzulegen, daß die Mitwirkung der jüdischen Elemente sowohl im Gemeindeleben, als im Staatsleben sich überwiegend im Sinne einer nationalen, einer wirklich staatsfreundlichen Richtung bewegt hat. (Bravo!) Die Judenfreundschaft ist eine besondere berliner Eigenthümlichkeit. Ich selbst mache mir eine Ehre daraus, daß ich eine große Zahl jüdischer Freunde habe, die mich an Geist und Scharfsinn übertreffen, so daß ich von ihnen lernen kann. In allen Kreisen der höchsten wissenschaftlichen Körperschaften sind die Juden hoch angesehene Kollegen. Ich möchte wohl wissen, wo eine zweite Stadt in der Welt existirt, wo die Juden so viel geleistet haben. Dem gegenüber weiß man nichts zu sagen, als: es sind hier zu viel Juden. In New-York sind noch viel mehr Juden (nach der neuesten Zählung 60,000) und doch hat man bis jetzt nur Stimmen des Erstaunens aus Amerika vernommen, daß derartiges bei uns vorkommen kann.

Ich habe es vermieden, in diese Erörterung die Rassenfrage hineinzubringen. Es ist das ein Punkt, in welchem sich bei Herrn Stöcker im Laufe der letzten Zeit eine Wandlung vollzogen hat. Früher hat er in einer authentischen Schrift die Judenfrage als selbstverständliche Rassenfrage hingestellt; jetzt erklärt er, daß sie für ihn keine Rassenfrage mehr sei. Ich hoffe, daß nun auch die kleineren Männer sich allmählich daran gewöhnen werden, die Rassenfrage aus der Debatte heraus zu lassen. — Dasjenige, was die Völker zusammenhält, was allen europäischen Staaten als Grundlage dient, ist nicht die Rassenfrage, sondern dasjenige, was man Nationalität nennt. An Stelle der bloßen Abstammung ist allmählich die Sprache getreten. Und wenn man in letzter Zeit so viel vom Talmud gesprochen hat, so glaube ich, unsere jüdischen Mitbürger studiren viel mehr die Verfassung und sonstige Rechtswerke als den Talmud. (Heiterkeit). Ich will nicht auf jene Citate aus dem Talmud eingehen, man könnte genug andere, gerade entgegengesetzte daraus beibringen. Man braucht aber nur auf das alte Testament zu gehen, das ja auch Grundlage unserer Religion ist. Wir wollen aber beide Bücher nicht zu sehr in den Vordergrund

stellen. Ich denke, der Gott der Rache aus dem alten Testament hat unter uns seine Verehrung eingebüßt, indem wir uns mehr und mehr dem Gott der Liebe zugewendet haben. (Bravo!).

Ich habe mich offen ausgesprochen, ich habe, wie ich glaube, möglichst wenig verletzt, und zwar mit der guten Absicht eines Doktors, wenn er eine Wunde untersucht. Aber ich glaube, eine gute, ehrliche Untersuchung hat ihre Bedeutung und wird auch ihre Frucht tragen.

Die Resolution, welche ich Ihnen vorgeschlagen habe, ist absichtlich so gefaßt, daß daraus jede Betrachtung über das uns beschäftigende Gebiet hinaus vermieden worden ist. Sie wissen, wir Liberalen haben manche Hintergedanken über die Gründe, weshalb man die Judenhetze eingeleitet hat. Ich will aber heute keine Gefühle erregen, welche nicht unmittelbar durch das bestimmt werden, was in dieser Angelegenheit uns Gemeinsames ist; darum richte ich auch an die Konservativen die Bitte, daß sie sich mit uns vereinigen mögen, um vor der ganzen Welt auszusprechen, daß die eigentliche politische Welt in Berlin mit diesem Treiben nichts zu thun haben will. (Anhaltender lebhafter Beifall).

Antrag.

Die heutige 2500 Personen zählende allgemeine Versammlung der Wahlmänner aus den vier Landtagswahlkreisen Berlins giebt dem Bedauern und der Entrüstung darüber Ausdruck, daß unsere Stadt seit einiger Zeit zum Schauplatz von Versammlungen, Kundgebungen und selbst gewaltthätigen Ausschreitungen gemacht wird, welche darauf ausgehen, durch Aufstachelung der verwerflichsten Leidenschaften die Mitglieder der verschiedenen Bekenntnisse mit Haß und Verachtung gegen einander zu erfüllen, und geeignet sind, den Ruf der Reichshauptstadt und die Ehre des deutschen Namens zu beflecken.

Die Wahlmänner Berlins verwahren sich und die von ihnen vertretene Bürgerschaft gegen jede Antastung der Rechtsgleichheit der religiösen Bekenntnisse; sie sind einig in der Ueberzeugung, daß nur in dem friedlichen und einträchtigen Zusammenwirken aller Kräfte des nationalen Lebens, vor dem kein Unterschied des Bekenntnisses Berechtigung hat, die Wohlfahrt des Deutschen Reiches und seiner einzelnen Bürger gedeihen kann.

Dr. Virchow.

Prof. Dr. Albrecht Weber: Meine Herren! Als Mitglied der national-liberalen Partei betone ich hier nicht sowohl den liberalen Standpunkt, denn leider giebt es manchen Liberalen, den sein besonderes Interesse zu den Anti-Semiten führt, freilich auch umgekehrt viele Konservative, die auf der richtigen Stelle stehen, als vielmehr den nationalen Standpunkt. Denn ich sehe die Ehre der deutschen Nation in Gefahr befleckt zu werden durch die auf Herabwürdigung eines Theiles derselben gerichteten Bestrebungen, die ich zudem als einen schweren Irrthum, so wie als ein gewaltiges Unrecht betrachte. Gestatten Sie mir, Ihnen dies näher auszuführen.

Mögen die Anti-Semiten sagen, was sie wollen, auch die deutschen Juden sind faktisch ein Theil unserer deutschen Nation selbst. Unbeschadet ihrer besonderen Stammeseigenthümlichkeit sind sie ebenso gut deutsche Bürger wie jeder sonstige Deutsche von nicht germanischer Abstammung. Was man von semitischer Rasse redet, ist überhaupt eigentlich übertrieben. Anthropologisch betrachtet, gehören Semiten und Indogermanen, als zwei freilich schon in grauer Vorzeit getrennte Zweige, zu einer und derselben Menschenrasse, der sogenannten kaukasischen. — Nun, als Fremdlinge sind sie ja freilich zu uns nach Deutschland gekommen. Aber sie haben sich nun doch schon lange bei uns eingebürgert, reden dieselbe Sprache wie wir, und sind sogar wichtige Träger und einflußreiche Missionare der deutschen Sprache und Kultur, in den slavischen Ländern nicht nur, sondern auch im Orient. Auch daß sie bei uns selbst ein hochwichtiger Faktor der nationalen Thätigkeit sind, wird ihnen Niemand bestreiten. Dem Deutschen, insbesondere dem bekanntlich etwas

schwerfälligen Norddeutschen, geht dieses emsige, prickelnde Wesen, diese so zu sagen amerikanische Rührigkeit vielfach ab, die in dem Juden fast durchweg lebendig ist. Es mag diese Beimischung, die uns aufstört und zu eigner Anstrengung zwingt, daher immerhin manchmal recht ungemüthlich sein; sie fördert uns aber auch dafür, und trägt so schließlich doch zu unserer Wohlfahrt bei. Die Juden sind somit durch ihren Unternehmungsgeist und ihre Weitsichtigkeit mächtige Faktoren unseres nationalen Wohlstandes. Was speziell Berlin betrifft, so meine ich, daß es ohne die Juden und ohne die Franzosen von der Kolonie trotz unserer großen Fürsten, welche freilich scharfblickend genug, gerade diese beiden Volkstheile speziell nach Berlin gezogen haben, nie zu dem geworden wäre, was es jetzt ist. Die rasche Findigkeit der Berliner, selbst der sogenannte Berliner Mutterwitz, ist kein Erbtheil des Märkers, findet sich nirgend sonst in der Mark vor, sondern ist ein Erzeugniß der Mischung mit jenen beiden und den anderweiten fremden Elementen, die hier in Berlin zusammenströmen.

Es ist aber auch überhaupt ein faktischer Irrthum, wenn man für uns Deutsche oder für irgend ein anderes großes Volk der Gegenwart eine ungemischte Nationalität in Anspruch nimmt oder auch nur als wünschenswerth bezeichnet. Eine nach Abstammung wirklich reine Nationalität giebt es nur bei kleinen Staaten oder bei auf niedriger Kulturstufe stehenden Volksstämmen. Die Höhe der Entwickelung und Macht einer Nation steht in der Gegenwart vielmehr in proportionalem Verhältniß zu der Verschiedenheit ihrer Bestandtheile. England und Nordamerika legen hierfür glänzendes Zeugniß ab, und als Gegenbeispiel diene Spanien, dessen Macht und Blüthe seit der Vertreibung der Mauren tief gesunken sind. — Eine sehr ähnliche Stellung, wie die Juden bei uns, nehmen wir Deutsche unsererseits vielfach im Auslande ein. Könnten wir uns wundern, wenn unsere deutschen Landsleute in der Fremde ebenso behandelt würden, wie man die Juden jetzt bei uns zu behandeln sich anschickt? Deutscher Fleiß und deutsche Betriebsamkeit haben, um ein naheliegendes Beispiel anzuführen, in Rußland große Erfolge erzielt, die auch unserm Deutschland selbst wieder nach allen Richtungen hin zu Gute kommen. Aber der Russe blickt mit scheelen Augen darauf hin und eine Deutschenhetze steht dort in naher Aussicht. Dieselbe wäre freilich ebenso thöricht und für die Wohlfahrt des Ganzen bedenklich, wie die Judenhetze bei uns; aber wir hätten wahrlich kein Recht jene zu verurtheilen, wenn wir die letztere hier gewähren ließen. Es müssen doch auch wohl in der Natur der Sache liegende Gründe dafür da sein, oder um mich populärer auszudrücken, die göttliche Weltregierung muß doch wohl ihre Absichten dabei haben, daß uns Deutschen eine gute Portion Juden, daß den Russen eine gute Portion Deutsche beigemischt sind! Ich betrachte Beides nicht sowohl als ein Unglück, einen Fluch, sondern vielmehr als eine Wohlthat, einen Segen für beide Länder.

Und wenn ich somit die Judenhetze von vornherein als einen schweren Irrthum ansehe, so muß ich sie dann weiter auch als ein unbedingtes Unrecht bezeichnen. Und zwar aus folgenden Gründen.

Die Anklagen, die man gegen die Juden richtet, sind keineswegs blos gegen sie allein, sondern mit demselben Recht gegen die ganze gegenwärtige Generation, ob Jude ob Christ, zu richten. Die Juden allein herausgreifen und wegen ihrer Großbrodigkeit, ihrer Sucht nach leichtem, mühelosen Erwerb, ihrer Geldgier und Nichtachtung fremder Interessen der öffentlichen Verachtung überweisen, das heißt einen Prügelknaben, einen Sündenbock schaffen, eine Krankheit der Zeit einem einzelnen Theile des Volkes aufheften und dadurch den Pharisäismus und die Selbstgefälligkeit der Uebrigen bestärken und unterstützen. Es streift dies geradezu an Volksverführung heran.

Dazu kommt aber noch Folgendes: Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß in der That die Symptome dieser Krankheit der Zeit bei den Juden hauptsächlich hervortreten. Denn sie sind wirklich die eigentlichen Geldmacher. Aber wer trägt die Schuld hieran? Bis vor 30 Jahren war dem Juden eigentlich jedes andere Gewerbe als der Handel und der Geldverkehr untersagt. Nach Darwin'scher Theorie ist die Folge hievon sehr natürlich. Eine durch Jahrhunderte hindurch ausschließlich geübte Spezialität ist bei den Betreffenden einfach in Fleisch und Blut übergegangen. Sie

verstehen es besser, als wir, Geld zu erwerben. Die Härte und Thorheit der Väter rächt sich an uns. Und wir müssen dies mit dem anderen Erbe der Vorzeit mit in den Kauf nehmen, können mit Ehren keinen Vorwurf gegen die richten, welche durch Druck gezwungen worden sind, jene besondere Spezialität zu kultiviren. Sie sind reich geworden dabei und werden immer noch reicher werden. Dies ist einfach die in der Natur der Sache liegende Sühne für die ihnen zugefügte Unbill. Die Nemesis der Geschichte hat ihnen den Reichthum zudiktirt, der sie denn ja allein auch noch nicht glücklich macht; denn er ist es ja gerade, der die unangenehmen Eigenschaften bei ihnen nährt, welche das Uebelwollen ihrer Mitbürger, von dem Neide ganz zu schweigen, gegen sie aufregen.

Ich muß im Uebrigen das ganze jetzige Vorgehen gegen die Juden auch schon darum als verwerflich bezeichnen, weil es ein gänzlich ziellosses ist. Niemand weiß ein praktisches Mittel anzugeben, wie man denn nun weiter gegen sie vorzugehen, wie man ihnen das, was an ihnen mißfällig ist, zu beseitigen habe. Sie wirklich wieder unter Ausnahmegesetze zu stellen und wieder zu Heloten zu machen, ist ebenso unmöglich, wie sie wieder todtzuschlagen oder sie aus dem Lande zu treiben. Man gebe Gesetze gegen Wucher, gegen Betrug, aber die Gesetze müssen für Alle, für Juden und für Christen, in gleicher Weise gültig sein.

Wenn dem aber so ist, wenn wir sie so, wie sie sind, behalten müssen, mit allen den Mängeln und Fehlern, die ihnen theils ebenso, wie jedem anderen Theile unserer deutschen Nation, dem einen diese, dem anderen jene, im Blute liegen, theils erst durch eine grausame Geschichte anerzogen und aufgezwungen worden sind, dann war es ein gewaltiger Fehler, diese ihre unliebsamen Eigenschaften, denen doch andererseits auch sehr anerkennenswerthe und für das Wohl des Ganzen höchst förderliche Eigenschaften gegenüber stehen, in so scharfer Weise in den Vordergrund zu stellen, auf die Gefahr hin, den alten, immer noch glimmenden Haßfunken neu zu beleben und den häßlichsten Leidenschaften und Vorurtheilen der Menge damit Nahrung zu geben und Vorschub zu leisten. Diese Gefahr einer neuen Judenhetze ist jetzt wahrlich nahe genug gerückt. Sie würde unser Jahrhundert ebenso schänden, wie sie die früheren Jahrhunderte geschändet hat. Sie würde aber diesmal nur unsere deutsche Nation verunehren, während die anderen großen Nationen mit Hohn und Verachtung voll Schadenfreude auf uns blicken würden, ja schon jetzt blicken.

Es kann dabei auch nach keiner Richtung hin etwas Gedeihliches herauskommen. Das nächste Resultat wäre jedenfalls nur eine Steigerung der ohnehin schon immer bedenklichere Dimensionen annehmenden Verwilderung und Verrohung der Massen. Die Sozialdemokratie sitzt dabei im Rohre und schneidet ihre Pfeifen. Unter dem Deckmantel der christlich-sozialen Partei und der Anti-Semiten-Liga gelingt es ihr, ihre sonst mit dem Interdikt belegten Lehren frei und öffentlich auf den Markt zu bringen. Die Deklamationen gegen den Reichthum der Juden sind schließlich doch nur Deklamationen gegen den Reichthum überhaupt. Und wenn man es ferner den Juden, die man bis vor 30 Jahren zu keinem Handwerk zuließ, zum Vorwurf macht, daß sie keine Handarbeit treiben, so liegt auch dabei der rein böotische Trugsatz der Sozial-Demokratie in nächster Nähe, daß nur Handarbeit wirkliche Arbeit sei!

Es ist sodann aber auch eine Beseitigung der Schäden, die den Juden ja in der That vielfach anhaften, auf dem Wege der Judenhetze bei ihnen wahrlich nicht zu erreichen! Ich finde es vollständig begreiflich, wenn es in alter Zeit Juden genug gegeben hat, die von einem wahren Rachegefühl gegen die Christen, von denen sie als Hunde behandelt wurden, beseelt waren, und sie daher mit wahrer Lust jede Gelegenheit wahrnahmen, wo sie ihrerseits an ihren Peinigern ihr Müthchen kühlen konnten. Und wenn es auch noch gegenwärtig in den Ländern, wo sie gedrückt werden, Juden genug giebt, die ebenso denken, — ich werfe keinen Stein auf sie! Sollen wir aber einen solchen Kriegszustand im eigenen Lande auch bei uns wieder ins Leben rufen? Ich denke, das wiedererstandene deutsche Reich hat vielmehr die Pflicht, seinen jüdischen Bürgern, die ebenso gut wie alle anderen Volkstheile auch

ihr Blut vergossen haben, den Schutz zu gewähren, der sie vor dem Rückfall in solche barbarischen Anschauungen bewahrt.

Was liegt denn nun aber eigentlich diesem ganzen jetzigen für uns so beschämenden unheimlichen Treiben zu Grunde?

Wenn wir genau zusehen, finden wir zunächst, sonderbar genug, daß gerade die Anstrengungen, welche die Juden jetzt, nach Aufhebung der früheren Beschränkungen in Bezug auf ihre Zulassung zu amtlicher Berufsstellung, ihrerseits machen, um ihre Kinder dem bisherigen Banne, der ihre Lebensaufgabe in ganz bestimmte Kreise wies, zu entziehen, eine direkte Veranlassung dafür abgeben, warum nun auf einmal ein so großer Unwille gegen sie losbricht. So lange ihnen außer dem von Alters her offenen ärztlichen Berufe und den sonstigen freien Künsten, in denen sie bekanntlich Ausgezeichnetes geleistet haben, nur noch der Handelsstand geöffnet war, betrachtete man ihren Einfluß darin, den man ja selbst geflissentlich geschaffen hatte, als selbstverständlich. Kaum aber wendet jetzt eine ganze Zahl von ihnen, und zwar allerdings auf Grund des Umstandes, daß die Juden nun einmal in einer ansehnlichen Proportion zu den besser situirten Volksklassen gehören, eine größere Zahl, als ihnen der Seelenzahl nach zukommen würde, anstatt dem Handel und der Medizin ꝛc. nun auch den juristischen und philologischen Studien zu, um dadurch Zutritt zu den ihnen durch das Gesetz neu eröffneten Berufsarten zu gewinnen, so ertönt sofort der Angstruf derer, die bisher ausschließlich im Besitz waren, daß man sie verdrängen wolle! Richtig ist es, es tritt jetzt eine Konkurrenz an dieselben heran. Aber doch nur mit vollem Recht. Das bisherige Privilegium war ein Unrecht. Anstatt über den Verlust desselben zu klagen, sollten die Bedrohten sich einfach zusammenraffen, um dieser Konkurrenz, die nun einmal in einem geordneten Rechtsstaate unvermeidlich war, die Spitze zu bieten. Dieselbe wird denn auch hoffentlich in der That die für das Wohl des Ganzen höchst ersprießliche Folge haben, daß unsere christlichen Studiosen fortab etwas haushälterischer mit ihrer Zeit umgehen, einfach, um sich von ihren jüdischen Kommilitonen nicht ausstechen zu lassen. Am 3. August 1879 wurden an unserer Universität vier Preise vertheilt; davon fielen drei auf jüdisch klingende Namen; und von drei ehrenvollen Erwähnungen außerdem wurde eine einem Juden zu Theil. Dies Faktum spricht deutlich. (Die Namen der Sieger sind bekanntlich bis zu dem Augenblick, wo der Rektor die versiegelten Zettel eröffnet, ein Geheimniß.)

Auf zwei weitere Ursachen des gegenwärtig gerade in den gebildeten Kreisen des Volkes gegen die Juden herrschenden Uebelwollens hat kürzlich ein Korrespondent des Londoner „Spectator", um seinen Landsleuten die Sache doch einigermaßen begreiflich zu machen, hingewiesen. Einmal nämlich sei es der verwundete Stolz des Adels, der in Folge des Vordrängens der jüdischen Geldaristokratie in seine eigenen Cirkel von der lebhaftesten Antipathie gegen deren Träger erfüllt sei, welche überall da zu finden seien, wo Reichthum den Eintritt verschaffe, ohne doch diejenigen Eigenschaften zu besitzen, welche, um es kurz zu sagen, den Gentleman ausmachen. Und zweitens sei es der freche Spott, der vielfach von jüdischer Seite her über die christliche Religion und ihren Kultus ergehe. In beiden Punkten hat dieser fremde Beobachter richtig gesehen. Indessen auch hier gilt der Spruch: man höre auch den andern Theil. Was zunächst die religiöse Frage betrifft, so möchte die Entscheidung darüber, welche der beiden Religionen mehr verspottet wird, die christliche von den Juden oder die jüdische von den Christen, schwer genug sein. Die Hauptspötter und Verächter finden sich übrigens in beiden Fällen wohl innerhalb der beiden Religionsparteien selbst. Sodann aber sollten wir Christen über verdammlichen Aeußerungen dieser Art denn doch andererseits nicht vergessen, was gerade wir auf religiösem Gebiete den Juden verdanken. Ich will hier gar nicht von der Entstehung des Christenthums selbst reden, aber ich greife noch weiter zurück und erinnere einfach daran, daß der Jude faktisch als der welthistorische Träger des Monotheismus dasteht. In dem herrlichen Liede Joachim Neanders, mit welchem die jüngste Versammlung der christlich-sozialen Partei eingeleitet worden ist, lautet der eine Vers (ich weiß nicht, ob man ihn dort auch mitgesungen hat): „Lobe den Herrn! was

in mir ist, lobe den Namen! Alles, was Odem hat, lobe mit Abrahams Samen!" — Was sodann weiter die Antipathien unserer vornehmen Kreise gegen die jüdische Geld-Aristokratie anbelangt, nun so erstrecken sich dieselben bekanntlich, angeblich sogar nach dem Ausspruch unseres Fürsten Bismarck selbst, nicht auf die jüdischen Schwiegertöchter, nur auf deren Angehörige. Wer aber die Einen unter Umständen gern in sein Haus aufnimmt, sollte auch gegen die Anderen billig denken. Es ist richtig, daß vielen Juden, und speziell gerade auch vielen reichen Juden, höchst unangenehme Eigenschaften ankleben. Wer aber gerecht denkt, wird zugeben, daß, abgesehen von den üblen Beigaben, die der Reichthum selbst, auch bei Christen, oft mit sich führt, ein großer Theil der speziell an den Juden getadelten Charakterfehler nur eine Folge des Druckes sind, unter dem sie bei uns sozial eigentlich doch immer noch stehen und nie aufgehört haben zu stehen. Das läßt sich nicht im Handumdrehen beseitigen. Uebergangsperioden sind störend. Aber ebenso wie sich diese unangenehmen Eigenthümlichkeiten schon jetzt bei den getauften Juden, und speziell bei ihren Nachkommen, allmälich verlieren, weil eben nach der Taufe die bisherige Sonderstellung aufhört, ebenso wird der gebildete Jude, wenn er erst einmal wirklich rechtlich und sozial auf gleichem Fuße mit uns steht, alle diese Dinge von sich abstreifen. England und Frankreich legen dafür direktes Zeugniß ab. Auch ein Jeder von uns kennt bereits Juden, bei denen dies, trotz Allem, schon jetzt vollständig geschehen ist, und die an Feinheit der Sitte und des Gefühls Niemandem nachstehen, ja hier und da sogar eher noch überzartfühlend sind. Es drängt mich, hier vor Ihnen eines solchen, wohl noch bei Vielen von uns in gutem Andenken stehenden Mannes zu gedenken, dem ich als Parteigenosse nahezustehen das Glück gehabt habe und dessen Gedächtniß ich dankbar im Herzen bewahre. Moritz Veit war ein solcher Mann, ein deutscher Patriot und ein Gentleman im edelsten Sinne des Wortes.

Indem ich seiner ehrend gedenke, fasse ich mich kurz nochmals dahin zusammen: ich betrachte die jetzige Judenhetze von rein nationalem Standpunkt aus als ein schweres Verhängniß für unser Vaterland.

Nun, so wehren Sie denn wenigstens jetzt den durch dieselbe auf unser Berlin speziell, sowie auf unsere ganze deutsche Nation, fallenden Flecken von uns, den Vertretern der Berliner Bürgerschaft ab, indem Sie, die vereinigten Wahlkörperschaften Berlins, die Ihnen vorgeschlagene Resolution mit einstimmigem Votum zu der Ihrigen zu machen. Ich empfehle Ihnen die Annahme derselben auf das Dringendste.

Das Schlußwort erhielt der Abg. **Eugen Richter:** Meine Herren! Alles was von den sogenannten Antisemiten jetzt erstrebt wird, das Ziel all' ihrer kühnsten Wünsche, ist noch vor zehn Jahren in einem kleinen Theile Deutschlands geltendes Recht gewesen: der Ausschluß der Juden von öffentlichen Aemtern, Nichtbefähigung zum Erwerb von Grundeigenthum, Ausschluß von gewissen Städten und Geschäften — Alles das galt in einem Theile Deutschlands, aber dieser Theil hieß — Mecklenburg! (Große Heiterkeit.) Mecklenburg war von jeher das Ideal des Junkerthums, aber Mecklenburg hatte auch die Eigenthümlichkeit, daß es die meisten Auswanderer und die meisten unehelichen Kinder aufwies. (Beifall und große Heiterkeit.) Ich erinnere Sie an die mit zahlreichen Namen bedeckte Petition von Einwohnern Mecklenburgs aller Konfessionen, die 1867 an den Reichstag kam, um auch in diesem Staate dem sonst überall längst geltenden gleichen bürgerlichen Recht Geltung zu verschaffen. Jener Anregung verdanken wir das Gesetz, welches der Reichstag im Jahre 1869 beschloß und welches auch von Reichswegen die Gleichstellung aller Konfessionen dekretirte. Damals wagten selbst die Mecklenburger Junker nicht, gegen dieses Gesetz Front zu machen, damals galt es als selbstverständlich, daß selbst in Mecklenburg die bürgerliche Gleichberechtigung gelten sollte und wer aus irgend einem Zweifel an der Kompetenz des Reiches zur Einmischung in die Religionsgesetzgebung Einwendungen zu machen hatte, wie der Abg. Windthorst, der betonte zugleich ausdrücklich, daß es unzulässig sei, fernerhin aus religiösen Bekenntnissen Unterschiede in den Rechten der

Staatsbürger herzuleiten. So sprach man damals. Was liegt nun zwischen 1869 und heute? Es liegt zuerst dazwischen der große nationale Krieg. Ist in ihm der Grund zu suchen zu dem jetzigen Umschwung der Ansichten? (Rufe: Nein!) Gewiß: Nein! Wenn die Juden vordem, was ich bestreite, uns andern Deutschen fremd waren, so sind sie damals durch Blut und Eisen unlöslich mit uns zusammengekettet worden! (Stürmischer Beifall.) Standen sie nicht mit allen in einer Linie vor dem Feinde, Jeder an seinem Platze? Hat man im Kugelregen gefragt: Wer ist Jude und wer ist Christ und ist nicht Jeder nach seinen Kräften eingetreten für das Wohl des Vaterlandes? (Lebhafter Beifall.) Können wir etwa aus jener Zeit Vorwürfe gegen die Juden erheben, schmückt nicht auch sie in großer Zahl das Eiserne Kreuz, das gemeinsame Zeichen des Patriotismus? (Lebhafter Beifall.) Unter den jüdischen Aerzten Berlins sind 32 mit dem Eisernen Kreuz geziert, eine Verhältnißzahl, die jedenfalls nicht kleiner ist, als bei den christlichen Aerzten. Und wenn es einiger Miniaturbilder bedarf, so kann ich Ihnen sagen, daß von zweien unserer jüdischen parlamentarischen Genossen der eine sich im Kugelregen des Schlachtfeldes das Eiserne Kreuz und den Rothen Adlerorden mit Schwertern erkämpft und der andere seinen Sohn als freiwilligen Husaren vor dem Feinde verloren hat. Und was sehen wir jetzt für eine unerhörte Erscheinung? Junge Leute, welche die große Zeit noch gar nicht mit politischem Bewußtsein durchlebt haben wie wir — *denn sie drückten damals die Schulbank in Quarta und Quinta* (Heiterkeit) — *junge Leute, die noch gar nicht bewiesen haben, was sie werth sind, die drängen sich vor und wagen es, diesen jüdischen Rittern des Eisernen Kreuzes und den Vätern, die für Deutschland ihre Söhne dahingegeben, entgegenzuschleudern, daß sie nicht zur deutschen Nation gehören?!!* (Lang andauernder, stürmischer Beifall. Rufe: Pfui!) Wo die Menschen so klein werden, ziemt es sich, an jene große Zeit zu erinnern. Damals wurde die deutsche Nation nichts blos als die tapferste, sondern auch sittlichste, gebildetste und geschickteste gefeiert. Heute erklärt man das Gegentheil. Weil sie wirthschaftlich nicht konkurriren könne, errichtet man hohe Zölle. Die Wechselfähigkeit will man ihr absprechen, damit sie nicht, wie kleine Kinder mit dem Messer, sich durch Ungeschick oder Leichtsinn beschädige. Als ob in Liederlichkeit die Nation verkommen, eifert man gegen die Wirthshäuser, beschränkt die Volkstheater, kürzt die Polizeistunde und bringt sogar ein Gesetz gegen die Trunksucht ein. Freilich scheint mir dies weniger gegen die Juden, als gegen die christlichen Vollgermanen gerichtet. (Große Heiterkeit.) 1870 schlugen sich die Deutschen tapfer gegen den Feind, heute glaubt man ein tapferer Deutscher zu sein, wenn man erst die Juden hinaushaut und dann unter sich in Versammlungen allerlei Klatschgeschichten über sie erzählt, die nicht nur keines deutschen Mannes, sondern überhaupt keines erwachsenen Mannes würdig sind! (Allseitiger Beifall.) Heute sieht man es als eine Heldenthat an, wenn man mehr trinkt, wie die Juden, und tadelt es als gebildete Nation, daß die Juden so viel Kinder auf höhere Schulen schicken, und wenn man dann alle diese wackeren Thaten verrichtet hat — dann singt man: „Deutschland, Deutschland über Alles!" (Stürmische Heiterkeit.) Wahrlich: Unseren Freund Hoffmann von Fallersleben hat ein gütiges Geschick davor bewahrt, diesen Mißbrauch seines prachtvollen Liedes mit erleben zu müssen, denn, das gestehe ich offen: wenn das deutsch, wenn das christlich sein soll, dann möchte ich lieber überall in der Welt sein, als im christlichen Deutschland! (Lebhafter Beifall.) Wenn die Deutschen wirklich nicht sollten ertragen können, daß immer der 84. unter ihnen ein Jude ist und sie sich fürchten, daß gerade dieser eine die übrigen 83 überflügelt, dann heißt das doch wirklich, das Deutschthum zur Unehre des deutschen Namens herabdrücken. (Sehr wahr!) — Es wird dermaleinst nicht das kleinste Lorbeerblatt im Ruhmeskranze unseres Kronprinzen sein, daß er schon beim ersten Beginn dieser Bewegung, was unser verstorbener Kollege Wulffsheim mit eigenen Ohren gehört hat und auch andererseits glaubwürdig bestätigt ist, — dem Vorsitzenden der jüdischen Korporation von Berlin gegenüber erklärte, daß diese Bewegung eine *Schmach für die deutsche Nation sei!* (Stürmischer, langandauernder Beifall.) Wer ein aufrichtiger Verehrer

unseres greisen Heldenkaisers ist, den muß es mit einer wahren Betrübniß erfüllen, daß gerade die Zeit seiner ruhmreichen Regierung befleckt wird durch Erscheinungen, wie die sozialdemokratischen Ausschreitungen und die noch viel häßlichere Antisemitenbewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Beide Bewegungen erklären sich allerdings zu einem Theil aus den wirthschaftlichen Verhältnissen. Man sieht das Daniederliegen der Erwerbsverhältnisse nicht „in allgemeinen Gründen", sondern legt es dem Staate zur Last. Man erklärt es nicht aus der dreißigjährigen Kriegsperiode, in der sich jetzt Europa befindet und aus dem bewaffneten Frieden, der am Mark der Völker zehrt, sondern aus einzelnen Gesetzesparagraphen, und legt die Schuld zuletzt gewissen Personen zur Last. Vor drei Jahren sollten es die Freihändler sein, welche als Mitglieder des Cobdenclubs Deutschland an England verkauft hatten. Nun ist es trotz aller neuen Zölle auch noch so. Jetzt sind die Juden schuld, welche, wenn im Mittelalter eine Seuche ausbrach, jedesmal die Brunnen vergiftet und die Kirchstühle mit ansteckenden Stoffen gesalbt haben sollten. In der Gründungszeit wetteiferten im Geldmachen Juden und Christen und unter letzteren sehr vornehme Personen. Was die Juden dabei unterschied, war höchstens, daß sie wenigstens ihren Gründungen nicht den Deckmantel des Patriotismus umzuhängen versuchten. (Beifall.) Ein Jude aber war es, Lasker, der zur Zeit, als der Krach noch nicht erfolgt war — nachher war es sehr bequem, auf die Gründer zu schelten — die Gründer auch hinter den Regierungsbänken angriff und bloßstellte. Mancher Geschäftsmann nährt sich jetzt kümmerlich. Geht es flott, so heißt es: leben und leben lassen. Man kann es Keinem verargen, wenn er jetzt schief auf seinen Konkurrenten blickt. Aber solche Verwirrung und Befangenheit, durch die Zeitverhältnisse erzeugt, macht man nicht zur Grundlage der Gesetzgebung und stempelt sie nicht zum Ausdruck des christlich-germanischen Bewußtseins. Den deutschen Handwerkern, Arbeitern und Geschäftleuten gereicht es zur Ehre, daß diese Bewegung, angeblich in ihrem Interesse geführt, doch nicht aus ihren Kreisen entstanden ist (Lebhafter Beifall), so wenig wie die Kornzollagitation aus den Kreisen der Landwirthe hervorging. Sie ist ausgegangen von jungen Leuten, die überhaupt noch nichts verdienen, sondern aus den Taschen ihrer Eltern leben, sodann von Leuten, die in amtlicher Vertrauensstellung aus öffentlichen Kassen ihre Gehälter beziehen und oft keine Vorstellung haben können, wie einem um sein tägliches Brod und Aufbringung der nöthigen Steuern kämpfenden Gewerbetreibenden manchmal zu Muthe ist! (Stürmischer, allseitiger Beifall.) Solche Leute, die sich „gebildet" nennen, sind es, welche die Judenhetze inscenirt haben; freilich zeigt sich auch hier wieder, daß die größere geistige Bildung, wenn sie nicht gepaart ist mit der Bildung des Herzens und wahrer Religiosität — nicht jener Religiosität, die zwar Gott auf den Lippen, aber den Teufel im Herzen hat — oft zu nichts weiter führt, als zur Rohheit in raffinirterer Form! (Beifall.) Ich bin gewiß stets ein energischer Gegner der Sozialdemokratie gewesen, aber das muß ich doch sagen: der letzte Sozialist ist für mich ein edler Charakter im Vergleich zu den Führern dieser neuesten Bewegung (Beifall), und ich kann es mir wohl denken, daß die Führer der Sozialdemokratie mit Verachtung auf diese Bewegung blicken. Die Sozialdemokratie predigte ja Haß und Neid, entfesselte die Leidenschaften, aber doch nur gegen gewisse wirthschaftliche und äußere Verhältnisse; aber diese Bewegung verlangt ein Ausnahmerecht gegen den Menschen als solchen, gegen seine Abstammung, ja gegen seine Körperbeschaffenheit. Nicht Ausnahmegesetze wollten sie, sondern Gleichheit in ihrem Sinne. Wo soll die Bewegung hinführen? Als s. Z. in Altona die Parole ausgegeben wurde: „Wir kaufen nur bei einem Sozialdemokraten!", da trat Bebel im Reichstage auf und desavouirte ein solches Hineintragen politischer Gegensätze in den geschäftlichen und gesellschaftlichen Verkehr. Diese Antisemiten aber fordern in Berlin auf, bei Juden nicht mehr zu kaufen. Wenn die Leutchen noch Logik hätten und auch proklamiren wollten: Verkauft an keinen Juden! Laßt nicht die Produkte Eures christlich-germanischen Fleißes an Juden ab!" (Große Heiterkeit und Beifall.) Oder wollen sie trotz ihres christlichen Germanenthums in diesem Falle den Profit

mitnehmen? (Heiterkeit), sie dürften doch auch in ihrem Sinne die Produkte christlich-germanischer Arbeiten den Juden nicht abtreten. — Ja, ich sage, wenn ich als Gymnasiallehrer in meinem Gewissen mich gedrungen fühlte, gegen die Gleichberechtigung der Juden aufzutreten, so würde mir dasselbe Gewissen es zur Ehrenpflicht machen, eine Stellung vorher niederzulegen, die ich an einer Schule einnehme, welche auf der Gleichberechtigung der Konfessionen beruht; ich würde kein Gehalt nehmen aus jüdischem Schulgelde, wenn ich mich gegen die Erziehung auf Grundlage der Gleichberechtigung auflehne. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr als der Disciplinarrichter sollte jeder sein eigenes Gewissen in dieser Beziehung sich zum Richter machen. Freilich, in dieser Bewegung gilt, was einmal Moltke von den Socialisten sagte: Die Besseren werden von den Schlechteren übertroffen und weitergeführt. Treitschke ist von seinen Studenten überholt, Stöcker von Henrici (lebhafte Zustimmung) und Henrici wird wieder von einem Anderen überholt. (Zwischenruf: von Ruppel) Den kann ich nicht für schlechter als Henrici ansehen. (Große Heiterkeit.) Stöcker rüstet jetzt ab; er sei der Mildeste in der Bewegung gewesen, so sagte er dieser Tage in Kassel. Ein Kind, kein Engel ist so rein — sagte schon Zelle. (Heiterkeit.) Wenn Stöcker in der Judenhetze abrüstet, was bleibt dann aber an dem Manne überhaupt noch Merkwürdiges übrig? Keine Ausnahmegesetze, so sagt er jetzt, will er mehr, nur im Verwaltungswege Beschränkung in der Beförderung zum Richter, in der Annahme von Lehrern und dergleichen. Also das Gesetz und die beschworene Verfassung soll zwar aufrecht erhalten werden, aber hinterrücks umgangen werden auf dem Verwaltungswege und ebenso die staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Man befördert die Juden nicht, wagt es aber nicht zu sagen, daß es deshalb geschehe, weil es Juden sind. Das ist gerade jenes kleinliche elende System, das schon in den fünfziger Jahren in Preußen gegolten, mit dem Antritt der Regierung des jetzigen Kaisers aber beseitigt worden ist. (Zustimmung.) Wird dadurch denn etwas gebessert? Man sagt, die Juden sollten nicht blos Handel treiben. Nun sie sich um öffentliche Ehrenämter bewerben, die kein Geld einbringen, ist es wiederum nicht recht und sie sollen ausgeschlossen werden. In jedem Falle wird der Jude verbrannt. (Große Heiterkeit.) Als die Socialistenbewegung im Schwunge war, hieß es, die Geschäfte in Berlin würden sich bessern, wenn erst durch den kleinen Belagerungszustand der Agitation ein Ende gemacht sei. Nun haben wir den kleinen Belagerungszustand gegen die Socialisten. Ist aber die jetzige Bewegung ein Mittel die Geschäfte zu bessern? (Nein.) Ist etwa das diesmalige Weihnachtsgeschäft günstiger gewesen? (Verneinende Zurufe.) Mir haben Geschäftsleute bekundet, daß gerade diese Agitationen in gewisser Richtung die Geschäfte noch mehr verschlechtern. (Zustimmung.) Nun, dann ist es gerade die Pflicht der Geschäftsleute, der Handwerker, der Arbeiter in Berlin, diesem Unfug ein Ende zu machen, ein Unfug, den diejenigen führen, die überhaupt noch nichts verdienen und keine Steuern zahlen, den diejenigen leiten, die, weil sie aus öffentlichen Kassen ihr Gehalt beziehen, oft kein Verständniß haben, wie schwer es dem Geschäftsmann wird, sich in dieser Zeit durchzuschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Innerlich hat die Bewegung kein Ziel, sie muß also aus äußeren Gründen veranlaßt sein. Eine Versammlung hat gestern die Bewegung als Wahlmanöver bezeichnet. Ich möchte die Vorgänge der letzten Wochen eher als Quartalmanöver bezeichnen. Für Wahlmanöver verschießt man das Pulver zu früh. Es handelt sich darum, dunklen Blättern und einem von Junkern unterhaltenen Blatte beim Quartalwechsel neue Abonnenten zu verschaffen. Andere bewußte Leiter freilich mögen auch Wahlmanöver in Aussicht haben. Auch diese Judenhetze ist eine Form des Kampfes der Reaktion gegen den Liberalismus. Die Städte sind der Hort des Liberalismus. Gelingt es, das Bürgerthum in den Städten zu spalten, so ist der Liberalismus gebrochen. Fast scheint es, als ob diese antisemitische Bewegung im Rücken des Liberalismus die sozialistische ablösen sollte. Mit den Anfängen des Sozialismus in Berlin hat auch diese Bewegung überall Aehnlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Lassalle fand mancher im Anfang recht interessant, wie man heute das Vorgehen der Antisemiten gegen die Liberalen und die Fortschrittspartei interessant findet. Was des Pudels Kern ist, werden wir bald gewahr werden.

In dieser politisch gemischten Versammlung will ich nicht näher ausführen, was ich darüber denke. Alle Parteien mögen sich bekämpfen, aber, wenn sie wirklich als staatserhaltend gelten wollen, sich stets bewußt bleiben, daß sie einem Vaterlande dienen, Bürger desselben Staates sind, und nur wetteifern sollen, wie derselbe am besten zu gestalten ist. Wer statt einen edlen Wetteifer wilde Leidenschaften entflammt, dem Gegner die nationale Zugehörigkeit abspricht, überschreitet die zulässige Grenze des Parteikampfes, er ist gerichtet, wenn nicht vor dem Gesetz, doch vor der öffentlichen Moral! (Lebhafte Zustimmung.) Weil wir glaubten, daß auch andere Parteien mit uns dieselben Grenzen anerkennen, haben wir diese Versammlung der Wahlmänner aus allen Parteien berufen. Man nennt die Fortschrittspartei die Judengenossen. Wir sind als Partei weder Freunde noch Gegner der Juden als solche, aber wir sind Vertheidiger aller Derjenigen, die im gleichen Recht gekränkt werden sollen, und wenn wir uns von der Beschuldigung, Genossen der Socialisten zu sein, nicht haben abhalten lassen, die Ausnahmestellung der Socialisten zu bekämpfen, so wird uns die Bezeichnung als Judengenossen nicht abhalten, für die Gleichberechtigung der Juden einzutreten. (Beifall.) Wetterfest sowohl nach unten wie nach oben stehen wir auf demselben Grunde, der bis vor kurzem noch allen Parteien widerspruchslos gemeinsam war, noch heute. Noch auf dem europäischen Kongreß in Berlin im Sommer 1878 war es der Kanzler Fürst Bismarck, der mit den anderen leitenden Staatsmännern dafür eintrat, daß die Aufnahme von halbcivilisirten Staaten wie Rumänien und Serbien in den europäischen Staaten-Verband abhängig gemacht werde von der Anerkennung des Princips der Gleichberechtigung der Konfessionen in jenen Staaten auch den Juden gegenüber. Diese Bewegung hängt sich gleichwohl an die Rockschöße des Fürsten Bismarck, und wenn er sie gleich ablehnt und in seiner Presse die Ueberschreitungen mitunter tadeln läßt, so fährt sie doch fort, sich an ihn anzuschmiegen und sich auf ihn zu berufen, gleichsam wie lärmende Kinder ihren Vater umdrängen. Gleichwohl glaube ich nicht besser schließen zu können, als indem ich an die Worte erinnere, welche Fürst Bismarck am 9. Februar 1876 im Reichstage sprach, als eine ähnliche Bewegung, zum Theil von denselben Personen und derselben Presse getragen, wie diese antisemitische Bewegung, — ich erinnere nur an die Artikel über die sogenannte Aera Bleichröder — ihn persönlich verleumdete und angriff. Er sagte: „Wir Alle können gegen Verleumdungen viel thun, so weit wir Sinn haben für Ehre und Anstand, für christliche Gesinnung und Sitte. Wir Alle, welche die christliche Gesinnung nicht blos als Aushängeschild für politische Zwecke gebrauchen, wenn wir Alle zusammenhalten in einer Liga gegen die Schlechtigkeiten und sie verfolgen jeder vor seiner Thür und sie einmüthig in den Bann halten, so werden wir mehr erreichen, als mit dem Strafrichter." (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne lassen Sie auch uns in einer Liga ohne Unterschied der Parteien ankämpfen gegen die Schlechtigkeit dieser Bewegung und lassen Sie uns in dieser Resolution anknüpfend an den Neujahrsgruß der Stadtverordneten an den Kaiser und dessen Erwiderung uns einig fühlen in der Ueberzeugung, daß nur in dem friedlichen und einträchtigen Zusammenwirken aller Kräfte des nationalen Lebens, vor dem kein Unterschied des Bekenntnisses Berechtigung hat, die Wohlfahrt des Deutschen Reiches und seiner einzelnen Bürger gedeihen kann. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Buchdr. der Volks-Zeitung in Berlin, Potsd. Str. 20.